

Niederschrift
der 09. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.11.2015
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 18:20 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Löwenscher Saal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Frau Ute Bartel
Herr Stefan Bauschke
Herr Manfred Butter ab 16:10 Uhr
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Kerstin Chill bis 18:10 Uhr
Herr Detlef Erbentraut
Frau Friederike Fechner
Herr Thomas Haack
Herr Maik Hofmann
Herr Harald Ihlo
Herr Uwe Jungnickel
Frau Anett Kindler
Frau Andrea Kühl
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka
Frau Susanne Lewing
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Herr Christian Meier
Herr André Meißner
Frau Claudia Müller ab 17:10 Uhr
Herr Peter Paul
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Marc Quintana Schmidt
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Christian Ramlow
Herr Gerd Riedel
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Friedrich Smyra
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg
Herr Peter van Slooten
Frau Ann Christin von Allwörden
Herr Dr. Arnold von Bosse
Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung

- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung

Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 05.11.2015 gemäß § 29 Absatz 4 Kommunalverfassung M-V
Vorlage: AN 0152/2015

Dringlichkeitsantrag auf Information nach § 34 (2) KV M-V zur Betreuung von Flüchtlingen in der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion LoL
Vorlage: DAn 0004/2015

- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

- 4** Billigung der Niederschrift der 08. Sitzung vom 15.10.2015

- 5** Mitteilung des Präsidenten

- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- 7** Anfragen

- 7.1** Ankauf Schwerlastkran für den Frankenhafen
Einreicher: Matthias Laack, Einzelbürgerschaftsmitglied AfD
vertagt vom 15.10.2015
Vorlage: kAF 0078/2015

- 7.2** zur Gorch-Fock
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion
vertagt vom 15.10.2015
Vorlage: kAF 0081/2015

- 7.3** zum Zustand der Straße zum Strandbad
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vertagt vom 15.10.2015
Vorlage: kAF 0082/2015

- 7.4** Massengrab aus dem Dreißigjährigen Krieg
Einreicher: Gerd Riedel
Vorlage: kAF 0083/2015

- 7.5** Zukunft des Geländes im Bereich Boddenweg (ehemals LIW)
Einreicher: Michael Adomeit
Vorlage: kAF 0084/2015

- 7.6** Landesmuseum für Stralsund
Einreicher : Matthias Laack
Vorlage: kAF 0085/2015

- 7.7** Sachstand "Kinder- und Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen"
Einreicher: Dr. Ronald Zabel
Vorlage: kAF 0086/2015

- 7.8** zum Stand der Verhandlungen mit dem HanseDom
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0088/2015
- 7.9** zur Förderung von Projekten des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Einreicherin: Heike Carstensen, SPD-Fraktion
Vorlage: kAF 0089/2015
- 7.10** Eingabenbearbeitung Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste
Vorlage: kAF 0087/2015
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Rückbau der Fußgängerquerung im Bereich Sundflor
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel, Matthias Laack
Vorlage: AN 0147/2015
- 9.2** zum Erhalt mindestens eines Kranes am Hafen
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0151/2015
- 9.3** Zusammenarbeit mit der Stadt Binz für Ironman-Triathlon prüfen
Einreicher: Dr. Ronald Zabel
Vorlage: AN 0149/2015
- 9.4** zur Nachbesetzung für den BHKSA
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0150/2015
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0051/2015
- 12.2** Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern - Stellungnahme der Hansestadt Stralsund zum Entwurf 2015
Vorlage: B 0045/2015
- 12.3** Annahme von Sachspenden an den Zoo in Höhe von 32.695,98 €.
Vorlage: B 0030/2015

- 12.4 Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land zur Finanzierung der Theater Vorpommern GmbH
Vorlage: B 0056/2015
- 13 Verschiedenes
- 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17 Schluss der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Paul informiert, dass Herr Niklas Rickmann mit Wirkung vom 21.10.2015 auf sein Bürgerschaftsmandat verzichtet. Er dankt Herrn Rickmann für die geleistete Arbeit und wünscht ihm persönlich alles Gute. Als Nachrücker wurde durch den Gemeindevorstand Herr Detlef Erbenraut benannt. Mit der Annahme des Mandats ist er somit neues Mitglied der Bürgerschaft. Weiter ist er der SPD-Fraktion beigetreten.

Herr Paul verpflichtet Herrn Erbenraut und übergibt ihm die heutigen Sitzungsunterlagen.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, begrüßt alle anwesenden Bürgerschaftsmitglieder, die Senatoren Herrn Hartlieb und Herrn Albrecht sowie alle Gäste der 09. Sitzung des Jahres 2015.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung gibt Herr Paul bekannt, dass von 43 Bürgerschaftsmitgliedern zu Beginn der Sitzung 35 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es liegt ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage B 0056/2015 vor.

Herr von Bosse ist empört über die kurze Frist seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In Greifswald soll die Bürgerschaft erst am 16.11.2015 entscheiden. Er schlägt vor eine Sondersitzung im Ermessen des Oberbürgermeisters durchzuführen oder in der Sitzung im Dezember zu entscheiden.

Herr Paul informiert weiter, dass bei Aufnahme der Tagesordnung der Vorlage in die Tagesordnung die Einwohneranfrage hinfällig ist, da das Thema dann unter 12.4 behandelt wird. Eine schriftliche Beantwortung wird Frau Schönfeldt übermittelt.

Herr Jungnickel informiert, dass die Thematik des TOP 7.7 im Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport am 03.11.2015 behandelt wurde.

Herr Dr. Zabel zieht die Anfrage unter TOP 7.7 zurück, da im Ausschuss alle Fragen beantwortet wurden.

Weiter liegt ein Dringlichkeitsantrag DAn 0004/2015 der SPD Fraktion vor.

Herr van Slooten begründet die Dringlichkeit des Antrages.

Herr Dr. Zabel informiert, dass in den Haushalt 2016 zwei Planstellen eingestellt sind. Damit ist keine Dringlichkeit gegeben. Eine Beratung im Ausschuss ist ebenfalls erfolgt.

zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung

1. Abstimmung

Feststellung der Dringlichkeit der Vorlage B 0056/2015 und Einordnung in die Tagesordnung unter TOP 12.4

2015-VI-09-0294

Abstimmung: 25 Zustimmungen 7 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen
Mehrheit aller Gemeindevertreter

Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag DAn 0004/2015
Mehrheitlich abgelehnt

2. Abstimmung der Gesamttagesordnung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Tagesordnung der 09.Sitzung vom 05.11.2015 mit den genannten Ergänzungen.

2015-VI-09-0295

Mehrheit aller Gemeindevertreter

zu 4 Billigung der Niederschrift der 08. Sitzung vom 15.10.2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Billigung der Niederschrift der 08. Sitzung vom 15.10.2015 ohne Änderungen/Ergänzungen.

2015-VI-09-0296

Mehrheit aller Gemeindevertreter

zu 5 Mitteilung des Präsidenten

Herr Paul teilt mit, dass gemäß Beschluss 2015-VI-06-0243 der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, erforderliche Maßnahmen zur Erneuerung des Bodenbelages der Sportplätze an der Curie-Schule zu planen und die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2016 einzuordnen.

Mit Schreiben vom 13.10.2015 teilte Herr Senator Albrecht mit, dass Planberatungen stattgefunden haben und für das Jahr 2016 Mittel in Höhe von 66 T € haushaltsmäßig eingeordnet sind.

Das Schreiben liegt den Fraktionen und Einzelmitgliedern der Bürgerschaft vor. Er bittet um Kenntnisnahme und macht deutlich, dass der Beschluss als umgesetzt zu betrachten ist.

Zu in die Fachausschüsse verwiesenen Anträgen teilt er mit, dass der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung in seinen Sitzungen am 29.09.2015 und 20.10.2015 die Thematik „Eröffnung einer Rubrik – Unsere neuen Nachbarn – im Internetportal der Stadt“ beraten hat.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der mit dem Antrag geforderte Auftrag bereits durch die Verwaltung umgesetzt wird. Eine erneute Behandlung in der Bürgerschaft wird daher als nicht erforderlich gesehen.

Der Verweisungsbeschluss 2015-VI-06-0245 ist damit als umgesetzt zu betrachten.

Herr Paul gibt weiter bekannt, dass entsprechend einer Anzeige nach § 2 Absatz 3 der Geschäftsordnung Herr Dr. Ronald Zabel zum neuen Vorsitzenden der CDU/FDP-Fraktion und Frau Susanne Lewing zur 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der CDU/FDP-Fraktion gewählt worden ist.

Zu dieser Wahl gratuliere er und wünscht Schaffenskraft und Erfolg bei der Ausübung dieser Funktionen.

Abschließend gibt er bekannt, dass Herr Nicholas Ehlers sein Mandat als Stellvertreter im Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport zum 04.11.2015 niedergelegt hat.

zu 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Hartlieb informiert, dass Herr Dr. Badrow von seiner Reise aus China zurückgekehrt ist. Krankheitsbedingt kann er heute nicht an der Bürgerschaftssitzung teilnehmen.

zu 7 Anfragen

zu 7.1 Ankauf Schwerlastkran für den Frankenhafen Einreicher: Matthias Laack, Einzelbürgerschaftsmitglied AfD vertagt vom 15.10.2015 Vorlage: kAF 0078/2015

Anfrage:

1.)

Wird weiterhin trotz ungesicherter Ansiedlung der Fa. Teufelberger im Frankenhafen auf den Kauf des Krans bestanden?

2.)

Wie und durch wen soll der Kran finanziert werden? Die SWS Seehafen Stralsund GmbH wird dieses Geld nicht bringen können.

3.)

Reicht die Bodentragfähigkeit auf dem gesamten Gelände der SWS Seehafen Stralsund GmbH am Frankenhafen aus, um den Schwergutkran überall dort einsetzen zu können?

Herr Andreas Mayer beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Anschaffung eines Schwerlastkranes durch den Seehafen ist derzeit nicht im Wirtschaftsplan 2016 und den Folgejahren vorgesehen.

Zu Frage 2:

Eine Finanzierung dieses Schwerlastkranes ist nicht geplant und entfällt.

Zu Frage 3:

Im Zusammenhang mit diversen Variantenuntersuchungen zum perspektivischen Umschlag von schwerer Projektladung im Betriebsteil Frankenhafen, wurde durch den Seehafen Stralsund ein Gutachten zur Standsicherheit des Liegeplatzes 36 in Auftrag gegeben. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die bestehende Kaianlage für den Umschlag schwerer Projektladung inklusive dem dazugehörigen Kran geeignet wäre.

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.2 zur Gorch-Fock
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion
vertagt vom 15.10.2015
Vorlage: kAF 0081/2015

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand der Hansestadt mit dem Eignerverein der Gorch-Fock?

Gibt es inzwischen einen Zeitplan und einen belastbaren Finanzplan zur Übernahme des Schiffes durch die Hansestadt?

Herr Paul informiert, dass eine Aussprache nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen würde.

Herr Tanschus beantwortet die Anfrage wie folgt:

In den zurückliegenden acht Monaten ist es der Stadtverwaltung gelungen, in Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Vereins Tall Ship Friends e.V. und externer Beratung durch die Deutsche Marine Erfolg versprechende Lösungsansätze für die offenen Fragen in gesellschaftsrechtlicher, schiffskonstruktiver, finanzieller und kommunalrechtlicher Sicht zu finden. Verhandlungen mit dem Tall Ship Friends e.V. befanden sich auf der Zielgeraden und eine Befassung der Bürgerschaft in dieser oder der nächsten Sitzung war wahrscheinlich.

In der Zwischenzeit hat die Mitgliederversammlung des Tall Ship Friends e.V. einen neuen Vorstand gewählt. Dies wirft den bisherigen Verhandlungsstand selbstverständlich erheblich zurück. Die Stadtverwaltung ist mit dem Verein weiterhin im Gespräch, jedoch macht es die dargelegte Entwicklung derzeit unmöglich, einen konkreten Zeitplan vorzulegen.

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.3 zum Zustand der Straße zum Strandbad
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vertagt vom 15.10.2015
Vorlage: kAF 0082/2015

Anfrage:

1. Ist es zeitnah geplant die Zufahrt zum barrierefreien Strandzugang zu sanieren?
2. Gehört die Straße zum städtischen Eigentum? Wenn nein, wem gehört die Straße?

Herr Bogusch beantwortet die Anfrage wie folgt:

Bei der Straße zum Strandbad handelt es sich um eine öffentliche Verkehrsfläche. Sie verläuft durchgängig auf einem städtischen Grundstück.

Mit dem grundhaften Ausbau der Straße soll im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden. Mit der Erarbeitung der erforderlichen Planungsunterlagen wurde bereits begonnen.

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.4 Massengrab aus dem Dreißigjährigen Krieg
Einreicher: Gerd Riedel
Vorlage: KAF 0083/2015

Anfrage:

1.
Was ist mit den Funden aus dem Massengrab am Frankenhof im Jahr 2010 passiert?
2.
Sind die Todesursachen inzwischen geklärt?
3.
Beabsichtigt die Hansestadt Teile der Ausgrabungen in die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum zu integrieren?

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.

Während der Ausgrabungen auf dem Frankenhofgelände sind mehrere Gräber mit Toten aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges gefunden worden. Spektakulär war insbesondere das 2010 zu Tage gekommene Grab von zwei Söldnern, die mit samt ihren und anderen Bewaffnungen in einem sog. Laufgraben unmittelbar nach ihrem Tod verschüttet wurden. Alle Funde befinden sich als Landeseigentum in einem Depot des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege M-V, Abteilung Bodendenkmalpflege in Schwerin. Sie sind dort restauratorisch behandelt worden.

zu 2.

Die Knochen wurden wissenschaftlich untersucht. Demnach weisen beide Söldner Verletzungen wie Knochenbrüche und Stichverletzungen sowie in einem Fall eine Pistolenschussverletzung aus einem Nahkampf auf, an deren Folgen sie verstarben.

zu 3.

Die Integration der Funde im Stralsund Museum ist derzeit nicht geplant. Die Option einer temporären oder dauerhaften archäologischen Ausstellung zu einem späteren Zeitpunkt besteht grundsätzlich, setzt jedoch eine umfassende Vorbereitung und entsprechende finanzielle Mittel voraus.

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.5 Zukunft des Geländes im Bereich Boddengeweg (ehemals LIW)
Einreicher: Michael Adomeit
Vorlage: KAF 0084/2015

Anfrage:

1. Wie sieht die Verwaltung die bauliche Entwicklung des Geländes des ehemaligen Instandsetzungswerkes Andershof im Bereich Boddengeweg?
2. Sind sämtliche Diskrepanzen zwischen den Eigentümer und der Hansestadt Stralsund zwischenzeitlich ausgeräumt?
3. Welche Möglichkeiten gibt es für die Verwaltung der Hansestadt Stralsund bei einer Gefahrenabwendung (alte Pappeln) den Eigentümer des betreffenden Grundstückes zum Handeln zu zwingen?

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.

Der Flächennutzungsplan der Hansestadt weist für das Areal des ehemaligen Instandsetzungswerkes die Kategorie "Gemischte Baufläche" aus. Vorstellbar ist beispielsweise die Ergänzung der angrenzenden baulichen Nutzungen, d.h. Wohnen oder nichtstörendes Ge-

werbe. Die städtebauliche Neuordnung dieses Bereichs setzt aber zunächst den Abriss der Gebäude, massive Entsiegelung der Flächen, Bewältigung der Altlastenproblematik und schließlich die Aufstellung eines Bebauungsplans voraus. Die Hansestadt bemüht sich, Investoren für den Standort zu interessieren.

zu 2.

Hierzu können im öffentlichen Teil keine Aussagen getroffen werden.

zu 3.

Zur Durchsetzung der Gefahrenabwehr kann die Hansestadt eine ordnungsrechtliche Verfügung gegen den Eigentümer erlassen und ggf. von einer Ersatzvornahme Gebrauch machen. In diesem Bereich wurden die Pappeln durch den Baumkontrolleur jedoch im vergangenen Jahr überprüft und für standsicher befunden, so dass zur Zeit keine Gefährdung und somit keine Veranlassung für Gefahrenabwehr erkennbar ist.

Herr Adomeit teilt mit, dass die benachbarten Kleingärtner von herabfallenden Ästen berichtet hätten.

Weiter informiert er über einen Vor-Ort-Termin, während dem seitens der Stadt zugesichert wurde, den Eigentümer anzuschreiben.

Herr Wohlgemuth wird die Problematik nochmals prüfen lassen.

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.6 Landesmuseum für Stralsund
Einreicher : Matthias Laack
Vorlage: kAF 0085/2015

Anfrage

Hat sich die Weltkulturerbe- und Hansestadt Stralsund als Standort für das Landesmuseum für Archäologie beworben, wenn nein, warum nicht?

Herr Hartlieb beantwortet die Anfrage mit „Ja.“

Auf die beantragte Aussprache wird vom Einreicher verzichtet.

zu 7.7 Sachstand "Kinder- und Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen"
Einreicher: Dr. Ronald Zabel
Vorlage: kAF 0086/2015

Die Anfrage wurde vom Einreicher unter TOP 2 zurückgezogen.

zu 7.8 zum Stand der Verhandlungen mit dem HanseDom
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0088/2015

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Betreiber des HanseDoms bezüglich einer Neuverhandlung, bzw. Verlängerung des Vertrages?

2. Welche Konzepte und Varianten wurden durch die Verwaltung in Bezug auf eine Alternative zur Verlängerung der Nutzungsverträge mit dem HanseDom geprüft?

3. Welche Vor- und Nachteile (hinsichtlich Nutzerfreundlichkeit, Kosten etc.) sieht die Verwaltung bei den unterschiedlichen Varianten?

Herr Tuttlies antwortet wie folgt:

Zu 1.

Es gab verschiedene Gesprächsrunden mit verschiedenen Personenkreisen, die teilweise durch Herrn Albrecht als Amtsleiter, Herrn Grieser als Abteilungsleiter bzw. durch Herrn Tuttlies geführt wurden. Die Letzte fand am 29.09. dieses Jahres unter Leitung von Herrn Albrecht und im Beisein von Herrn Sikorra, Vertreter des Eigentümers und Geschäftsführer der Hansedom GmbH, Herrn Höft als Generalmanager und Herrn Tuttlies statt.

In diesem Gespräch bekräftigte Herr Sikorra den Wunsch nach einer weiteren, langfristigen und fairen Zusammenarbeit. Den Vertretern des Hansedoms wurden nochmals in aller Deutlichkeit die Beschlüsse der Bürgerschaft erläutert, inklusive dem Konsolidierungsziel der Hansestadt Stralsund. Gleichzeitig wurden die Betreiber über die Berechnungen in Kenntnis gesetzt.

Der Hansedom benannte gegenüber der Hansestadt die operativen Kosten für beide Objekte, ohne diese mit konkreten Fakten zu belegen. Eine Zuarbeit wurde zugesagt. Bis zum heutigen Tag ist diese nicht erfolgt.

Deutlich wird hier, wie auch in der Vergangenheit, dass sich die Gespräche als äußerst schwierig erweisen und der Eindruck entsteht, dass von Seiten des Hansedoms der Zeitfaktor (Vertragsende Juni 2017) keine besondere Relevanz hat.

Zu 2.

Mit Erteilung des Auftrages durch die Bürgerschaft ist durch das Zentrale Gebäudemanagement eine Bestandaufnahme des Sportbades veranlasst worden. Da bei der Inaugenscheinnahme mehrere Mängel unterschiedlicher Art und Güte festgestellt wurden, wurde entschieden, unabhängige Fachleute mit der Begutachtung des Zustandes der Einrichtung und seiner technischen Ausstattung zu beauftragen. Dieses Gutachten listet zahlreiche Mängel und Versäumnisse auf, bescheinigte jedoch auch, dass es zu keinem Totalausfall in den nächsten Jahren kommen wird.

In einem zweiten Schritt wurde die Firma Bauconcept mit einer Machbarkeitsstudie für die Realisierung eines Sportbades in Stralsund beauftragt. Bestandteile dieser Studie sind eine Konkurrenzanalyse, eine mögliche Einordnung am Standort Kupfermühle, drei Varianten eines Sportbades jeweils mit Baukosten- und Betriebskostenschätzungen, ein bautechnischer Erläuterungsbericht sowie ein Energiekonzept bzw. die Beleuchtung der Potentiale erneuerbarer Energien. Die drei Varianten sind ein reines 25-Meter-Wettkampfschwimmbecken als Minivariante, ein 25-Meter-Wettkampfschwimmbecken und ein Lernschwimmbecken als Medivariante sowie eine 50-Meter-Wettkampfschwimmanlage mit beweglicher Startrampe und Lernschwimmbecken als Maximalvariante.

Dieses Konzept wurde teilweise in einer der zitierten Ausschusssitzungen vorgestellt.

Selbstverständlich wurden auch mehrere Sportbäder, Alt- wie Neubauten, in kommunaler wie auch in privater Trägerschaft angesehen und Fachgespräche mit den Betreibern geführt. Das letzte dieser Gespräche war ein Informationsaustausch in Schwerin zu der neuen Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch.

Zu 3.

Grundsätzlich ist absehbar, dass mit dem derzeitigen Zuschuss an den Hansedom wahrscheinlich auch das entstehende Defizit für die Betreibung einer eigenen Halle – egal welchen Modells – ausgeglichen werden könnte.

Wahrscheinlich deshalb, weil eine realistische Darstellung von eventuellen Fördermitteln zum Neubau einer Halle zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Bei einem Finanzierungsmodell wie Schwerin wäre es realisierbar.

Beim Neubau könnten explizit besondere Vorgaben der Schwimmvereine oder weiterer Nutzergruppen beachtet werden und somit die Nutzerfreundlichkeit erhöht werden. Ebenso können bewusst eingesetzte Energieträger oder Technik Einfluss auf die Kosten haben.

Eine nicht unerhebliche Komponente soll an dieser Stelle ebenfalls nicht verschwiegen werden. Der Hansedom hat angedeutet, dass bei Neubau einer Schwimmhalle eine Weiterbetrie-
bung des Sportbades – nicht des Spaßbades - nicht mehr gewährleistet werden kann.
Damit müssen die Kapazitäten auch im neuen Standort vorgehalten werden ohne in Konkurrenz zum Spaßbad zu treten.

Bei der Kostenprognose ist ebenfalls von Bedeutung, wie die künftige Preisstruktur für die einzelnen Nutzergruppen ausfallen.

Ein kurzes Beispiel: Bisher wurden Vereinen Bahnen zugewiesen für das Erlernen des Schwimmens. Dafür haben die Vereine subventionierte normale Entgelte in Rechnung gestellt bekommen. Gleichzeitig haben sie jedoch mit dem Angebot hohe Einnahmen erzielt und diese selbstverständlich auch zur Deckung ihrer Vereinsaufgaben eingesetzt. In allen besichtigten Einrichtungen wurden diese und andere Kurse, z.B. Reha-Schwimmen, Aqua-Jogging etc. durch den Betreiber selbst erbracht und zur Kostendeckung eingesetzt. Derzeit beträgt der Kostendeckungsgrad aus dem öffentlichen Baden und des Vereinsschwimmen knapp 20 %.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das Mietmodell mit dem Hansedom zu fairen und angemessenen Entgelten jedoch aus Sicht des ZGM zu empfehlen ist. Die Schwimmhalle wird funktionsfähig als Gesamtpaket übernommen – sozusagen all inclusiv. Alle Kosten stehen fest.

Sollte es jedoch zu keiner Einigung kommen, favorisiert das ZGM derzeit das Modell mit einem 25-Meter-Wettkampf-Schwimmbecken und einem Lernschwimmbecken oder das Schweriner Modell aus einem 25 Meter-Wettkampf-Schwimmbecken und einem zusätzlichen 25-Meter-Schwimmbecken bestehend aus vier Bahnen und teilweise angehobenen Bodenniveau.

Frau Kindler fragt nach, ob es einen Zeitplan gibt. Dazu teilt Herr Tuttlies mit, dass der Hansedom weiter dazu aufgefordert werden soll, alle abgeforderten Zahlen offen zu legen. Auf eine weitere Nachfrage erläutert er, dass der Vertrag weiterlaufen könnte, neue Verhandlungen für eine befristete Zeit geführt werden könnten oder das Schwimmen in dieser Zeit entfällt, wenn keine Einigung erfolgen würde.

Herr Paul stellt die beantragte Aussprache zur Abstimmung
Mehrheitlich abgelehnt

zu 7.9 zur Förderung von Projekten des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Einreicherin: Heike Carstensen, SPD-Fraktion
Vorlage: KAF 0089/2015

Anfrage:

Hat sich die Hansestadt mit Projekten, die in das o. g. Sanierungsprogramm fallen, um Fördermittel beim Bundesbauministerium beworben oder wird sie das noch tun?

Wenn ja, mit welchen Vorhaben und wenn nein, warum nicht?

Herr Tuttlies antwortet wie folgt:

Wie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport angekündigt, hat die Hansestadt Stralsund mit Schreiben vom 26.10.2015 gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern angezeigt, dass die Hansestadt Stralsund einen Antrag auf Förderung für die "Sport- und Trainingsanlage an der Kupfermühle" in Stralsund für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ stellen wird.

Diese Anzeige ist eine Voraussetzung für die Antragstellung beim Bund.

Weitere Kriterien sind: die städtebauliche Einbindung, die besondere bzw. überregionale Wahrnehmbarkeit, ein begründeter Beitrag zur sozialen Integration im Quartier / in der Kommune, ein erhebliches und überdurchschnittliches Investitionsvolumen, die Machbarkeit und zügige Umsetzbarkeit, die langfristige Nutzbarkeit, eine überdurchschnittliche fachliche Qualität insbesondere hinsichtlich sozialer Integration und/oder Klimaschutz und das Innovationspotential.

Aus Sicht der Stadt sind ausschließlich beim Projekt Kupfermühle alle diese Voraussetzungen erfüllt. Aufgrund der Haushaltslage wird ein Antrag auf 90-prozentige Förderung gestellt. Dieser wird form- und fristgerecht dem Bundesministerium zugesandt.

Auf eine Aussprache wird seitens des Einreichers verzichtet.

zu 7.10 Eingabebearbeitung Einreicher: Andrea Kühl Fraktion LINKE offene Liste Vorlage: kAF 0087/2015

Anfrage:

1. Wie viele Eingaben sind im Jahr 2015 bei der Stadtverwaltung eingegangen?
 - Insgesamt
 - an den OB direkt gerichtet
 - an die Fachabteilungen gerichtet
2. Wie erfolgt die Bearbeitung?
3. Wie lang sind die Bearbeitungszeiten?

Herr Gawoehns beantwortet die Anfrage wie folgt:

Er informiert, dass nach der Anzahl von Eingaben in 2015 an den OB direkt sowie an die Fachämter gefragt wurde und wie damit umgegangen wird.

Er geht davon aus, dass mit dem Begriff Eingabe, der hier verwendet wird, Beschwerden oder sonstige Unmutsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern gemeint ist.

Die Verwaltung erfasst an zentraler Stelle (im Hauptamt) die sogenannten Dienstaufsichtsbeschwerden. Hierbei handelt es sich um Beschwerden, die sich gegen ein vermeintliches Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Verwaltung richten. Für den Umgang mit diesen gibt es eine vom Oberbürgermeister erlassene spezielle Dienst-anweisung.

Die Abarbeitung erfolgt nach folgendem Schema:

Die Dienstaufsichtsbeschwerde geht ein, egal ob beim Oberbürgermeister oder im Fachamt. Es erfolgt eine Übersendung an das OB-Büro und wird von da an das Hauptamt übergeben. Das Hauptamt fordert eine Stellungnahme ab, führt ggf. weitere Rücksprachen und beantwortet die Dienstaufsichtsbeschwerde. Sollte das Verfahren länger dauern, bekommt der Beschwerdeführer einen Zwischenbescheid.

Falls begründet, erfolgt die Prüfung von arbeits- oder dienstrechtlichen Konsequenzen.

Im Jahr 2015 gab es bisher 6 Dienstaufsichtsbeschwerden (3 x Verkehrsüberwachung, 1 x Friedhof, 1 x Standesamt, 1 x Meldewesen). Die Bearbeitungszeit betrug durchschnittlich sechs Wochen. Eine Zwischennachricht wurde erteilt.

Viele Dienstaufsichtsbeschwerden beziehen sich auf angebliches Fehlverhalten von Politesen bezüglich des ruhenden Verkehrs.

Was auch häufig vorkommt ist das Angreifen von Verwaltungsentscheidungen mit dem Mittel der Dienstaufsichtsbeschwerde, was hierfür allerdings nicht geeignet ist.

Der grundsätzliche Anspruch der Verwaltung ist, dass Beschwerden ernstgenommen und in angemessener Zeit bearbeitet werden

Es mag angehen, dass es in den verschiedenen Bereichen außerhalb der Dienstaufsichtsbeschwerden weitere Beschwerden gibt, die allerdings nicht erfasst werden.

Herr Gawoehns bittet um Verständnis dafür, dass der unverhältnismäßig hohe Aufwand, um das herauszubekommen, nicht betrieben wurde. Vorrang haben die förmlichen Verfahren.

Herr Gawoehns spricht Frau Kühl an und bezieht sich auf die Begründung ihrer Anfrage, dass sich zunehmend Bürgerinnen und Bürger an die Fraktionen wenden würden, weil Ihre Eingaben gar nicht oder nicht zeitnah beantwortet werden würden.

Herr Gawoehns kann es sich nur schwerlich vorstellen, dass dies in Größenordnungen der Fall sein soll. Es hat sich auch außer der Fraktion Linke offene Liste keine andere Fraktion zu diesem Thema gemeldet.

Da Einigkeit darüber besteht, dass sich um die Belange der Bürger sachgerecht und in angemessener Zeit gekümmert werden soll, ist es nach Auffassung der Verwaltung zielführender, wenn sich die Fraktion umgehend mit dem Fall an die Verwaltung wenden würde. Im Zweifelsfall genügt vielleicht schon ein Anruf.

Frau Kühl teilt mit, dass es mehrere Anfragen auch an andere Fraktionen gab. Zukünftig wird sich umgehend mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt.

Auf eine Aussprache wird ebenfalls verzichtet.

zu 8 Einwohnerfragestunde

Eine Beantwortung entfällt gemäß § 4 Absatz 2 Ziffer 4 Satz 4 der Hauptsatzung.

zu 9 Anträge

zu 9.1 Rückbau der Fußgängerquerung im Bereich Sundflor Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel, Matthias Laack Vorlage: AN 0147/2015

Herr Adomeit informiert zu den örtlichen Gegebenheiten und ist der Meinung, dass die Querung nur noch in wenigen Fällen genutzt wird. Eine Verlegung an die nächste Bushaltestelle ist aus seiner Sicht sinnvoller.

Er beantragt, das Thema in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen.

Frau Kindler bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zur Unfallstatistik an dieser Querung.

Herr Bogusch nimmt Stellung und führt aus, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Polizei die Auffassung vertritt, dass die Verkehrsinsel beibehalten werden soll, da sie eine sichere Überquerung der Fahrbahn durch Fußgänger ermöglicht und gleichzeitig verkehrsberuhigend für den Kfz-Verkehr wirkt. Die Mittelinsel wird für die Kunden von Sundflor, aber auch für die Kleingartensparte Frankenvorstadt benötigt, wobei hier die Nutzung saisonal und tageseitlich sicherlich deutlich unterschiedlich ist.

In 2015 fand lediglich ein bei der Polizei gemeldeter Unfall statt, bei dem die Verkehrsinsel bei einem Überholvorgang überfahren wurde. Der zweite in 2015 gemeldete Unfall sowie die

beiden in 2014 gemeldeten Auffahrunfälle standen gemäß Unfallaufnahme nicht im Zusammenhang mit der Verkehrsinsel.

Der Vorschlag ist daher aus Sicht der Verwaltung abzulehnen.

Herr Adomeit bittet nochmals über eine Verlegung an die Bushaltestelle nachzudenken.
Herr von Bosse schlägt vor, dies von der Verwaltung prüfen zu lassen.

Frau Kühl ist der Meinung, dass die Querung am Sundflor verbleiben sollte, da sie intensiv genutzt wird.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zabel erläutert Herr Adomeit, dass die Querung Richtung Stadt verlegt werden sollte.

Auf weitere Nachfrage erläutert Herr Bogusch, dass eine Überprüfung in den vergangenen Jahren erfolgte. Die entstehenden Kosten wurden aufgezeigt.

Herr Adomeit merkt an, dass die Zahlen sich innerhalb der letzten Jahre auch verändert haben könnten.

Herr Paul lässt über den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den Sachantrag:

Mehrheitlich abgelehnt

zu 9.2 zum Erhalt mindestens eines Kranes am Hafen
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0151/2015

Herr von Bosse bekräftigt, dass es aus seiner Sicht wichtig wäre, wenigstens einen der Kräne zu erhalten.

Herr Schwarz teilt für seine Fraktion mit, dass diese den Antrag ablehnen wird.

Herr Butter zitiert aus einem Zeitungsartikel aus der Ostseezeitung. Er möchte wissen, wie sich die Kostenschätzung für die Reparatur der Kräne zusammensetzt.

Auf die Frage von Herr Laack, ob es in Stralsund eine Erfassung von Industriedenkmalen gibt, informiert Herr Wohlgemuth, dass dies der Fall ist.

Frau Kindler stellt den Antrag auf Verweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Herr Paul lässt über den Sachantrag abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt

zu 9.3 Zusammenarbeit mit der Stadt Binz für Ironman-Triathlon prüfen
Einreicher: Dr. Ronald Zabel
Vorlage: AN 0149/2015

Herr Ramlow informiert zu den bisherigen Veranstaltungen in Binz. Weiter macht er deutlich, dass Stralsund mit dem Sundschwimmen und mit dem Rügenbrückenlauf schon 2 hochrangige Sportveranstaltungen durchführt und der Ironman-Triathlon ein mögliches drittes Event darstellen könnte.

Der Antrag beinhaltet lediglich eine Prüfung. Wie weit die Zusammenarbeit gehen kann, wird sich im Ergebnis zeigen.

Herr van Slooten merkt an, dass es sich um die Gemeinde Binz handelt.

Herr Paul lässt über den Antrag abstimmen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Zusammenarbeit mit der Stadt Binz bei der Ausrichtung der Ironman-Triathlon-Wettbewerbe möglich ist und den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

2015-VI-09-0304
einstimmig zugestimmt

zu 9.4 zur Nachbesetzung für den BHKSA
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0150/2015

Der Antrag wurde vom Einreicher zurückgezogen.

zu 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen vor.

zu 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung

Es liegen keine unerledigten Punkte vor.

zu 12 Behandlung von Vorlagen

zu 12.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2016 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0051/2015

Herr Meier dankt der Verwaltung, insbesondere dem Kämmereiamt für die geleistete Arbeit. Er lobt die geplante Beschlussfassung noch in diesem Kalenderjahr.

Der Präsident lässt wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2016 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Mehrheitlich zugestimmt

2015-IV-09-0297

zu 12.2 Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern - Stellungnahme der Hansestadt Stralsund zum Entwurf 2015
Vorlage: B 0045/2015

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Bestätigung der Stellungnahme der Hansestadt Stralsund im Rahmen der 2. Beteiligung zur Zweiten Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern, Entwurf 2015.

2015-VI-09-0298
Mehrheitlich zugestimmt

zu 12.3 Annahme von Sachspenden an den Zoo in Höhe von 32.695,98 €.
Vorlage: B 0030/2015

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:
Die in der Anlage aufgeführten Spenden vom Förderverein des Zoos Stralsund werden angenommen und dem Zoo zur Verfügung gestellt.

2015-VI-09-0299
Mehrheitlich zugestimmt

zu 12.4 Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land zur Finanzierung der Theater Vorpommern GmbH
Vorlage: B 0056/2015

Herr von Bosse ist der Meinung, dass die durch das Land Mecklenburg-Vorpommern gesetzte Frist von 7 Tagen zu kurz ist. In Greifswald soll auf Antrag die Entscheidung bis zum 16.11.2015 verschoben werden.
Er schlägt vor, eine Sondersitzung der Bürgerschaft anzuberaumen oder die Entscheidung erst im Dezember zu treffen.

Frau Kindler beantragt eine Auszeit von 20 Minuten zur Beratung in den Fraktionen.

Auszeit von 17:15 bis 17:35 Uhr.

Herr von Bosse bittet zum Thema um eine Stellungnahme des Rechtsamtes.
Frau Wittfoth macht umfassende rechtliche Ausführungen und stellt die Auffassung des Rechtsamtes klar. Demnach lag ein Angebot des Kultusministeriums vor, das mit den beschlossenen Änderungen/ Ergänzungen zu einem Angebot der Stadt wurde. Diese ist vom Kultusminister nicht angenommen worden, sondern nunmehr liegt ein vom Ministerium modifiziertes neues Angebot vor.
Frau Müller weist darauf hin, dass der alte Beschluss weiter Bestand habe, wenn er nicht aufgehoben wird.

Frau Wittfoth zieht den Vergleich zu Fortschreibungen von Satzungsbeschlüssen. Der alte Beschluss wird dort auch nicht aufgehoben.

Herr von Bosse weist darauf hin, dass der alte Beschluss aufgehoben werden müsste. Ansonsten ist diese Vorlage als Rückholantrag anzusehen.

Herr van Slooten macht deutlich, dass eine neue Satzung die alte ersetzt. Dies ist hier nicht vorgesehen.

Frau Wittfoth stellt klar, dass es einer Aufhebung des ersten Beschlusses zur Zielvereinbarung demnach nicht bedarf, zumal der besagte Beschluss durch den Oberbürgermeister bereits umgesetzt wurde. Sollte es diesbezüglich aber Unsicherheiten seitens der Bürgerschaft geben, wäre eine Aufhebung nicht schädlich.

Herr Lastovka macht deutlich, dass hier eine neue Zielvereinbarung vorliegt, zu der ein Beschluss gefasst wird.

Frau Müller stellt fest, dass nur die Zielvereinbarung geändert wurde. Der Beschlusstext vom Oktober bleibt bestehen.

Herr Dr. Zabel stellt den folgenden Ergänzungsantrag:

Der Beschlussvorschlag der Vorlage B 0056/2015 wird wie folgt ergänzt:

„Gleichzeitig wird der Beschluss 2015-VI-08-0288 aufgehoben.“

Beschluss: 2015-VI-09-0300

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

Frau Müller stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einen Änderungsantrag: AN 0153/2015 – Änderungsantrag zu TOP 12.4 „Abschluss Zielvereinbarung“ mit dem Ziel der Durchführung eines Bürgerentscheids und begründet ihn ausführlich.

Herr van Slooten beantragt eine Auszeit von 5 Minuten zur Beratung der Fraktionsvorsitzenden.

Auszeit: 17:50 – 17:55 Uhr

Herr Paul stellt den Änderungsantrag AN 0153/2015 vom Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung.

Herr von Bosse beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen namentliche Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. *Der bestehende Beschlusstext wird ersetzt durch:*

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, entsprechend §20 Abs.3 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen Bürgerentscheid zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH durchzuführen.

Die Frage soll lauten:

„Soll die Hansestadt Stralsund die Zielvereinbarung zwischen der Hansestadt Stralsund, der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, dem Landkreis Vorpommern-Rügen, dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, der Stadt Neubrandenburg, der Stadt Neustrelitz und dem Land Mecklenburg-Vorpommern, welche die Fusion des Theaters Vorpommern und der Theater- und Orchestergesellschaft festschreibt, ablehnen?“

Der Entscheid soll am 17. Januar 2016 stattfinden.

2. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Mittel zur Durchführung des Bürgerentscheids in der Haushaltsplanung für das Jahr 2016 berücksichtigt werden.*

		Ja	Nein	Enthaltung
1.	Adomeit, Michael	x	-	-
2.	Arendt, Dirk	-	-	-
3.	Bartel, Ute	-	x	-
4.	Bauschke, Stefan	-	x	-
5.	Butter, Manfred	x	-	-
6.	Dr. Carstensen, Heike	-	x	-
7.	Chill, Kerstin	-	x	-
8.	Ehlert, Sabine	-	-	-
9.	Erbentraut, Detlef	-	x	-
10.	Fechner, Friederike	x	-	-
11.	Haack, Thomas	-	x	-
12.	Hofmann, Maik	x	-	-
13.	Ihlo, Harald	-	x	-
14.	Jungnickel, Uwe	x	-	-
15.	Kindler, Anett	x	-	-
16.	Kühl, Andrea	x	-	-
17.	Laack, Matthias	-	-	x
18.	Lastovka, Hendrik	-	x	-
19.	Lewing, Susanne	-	x	-
20.	Lewing, Thomas	-	x	-
21.	Lindner, Detlef	-	x	-
22.	Meier, Christian	-	x	-
23.	Meißner, André	-	x	-
24.	Müller, Claudia	x	-	-
25.	Paul, Peter	-	x	-
26.	Philippen, Michael	-	x	-
27.	Pieper, Thoralf	-	x	-
28.	Quintana Schmidt, Marc	x	-	-
29.	Quintana Schmidt, Maria	x	-	-
30.	Ramlow, Christian	-	x	-
31.	Riedel, Gerd	-	x	-
32.	Schulz, Thomas	-	x	-
33.	Schwarz, Maximilian	-	x	-
34.	Smyra, Friedrich	x	-	-
35.	Dr. Stahlberg, Annelore	-	x	-
36.	Steffen, Sonja	-	-	-
37.	Suhr, Jürgen	-	-	-
38.	Tiede, Gerd	-	-	-
39.	van Slooten, Peter	-	x	-
40.	von Allwörden, Ann Christin	-	x	-
41.	Dr. von Bosse, Arnold	x	-	-
42.	Westphal, Hans-Walter	-	-	-
43.	Dr. Zabel, Ronald	-	x	-

12 Zustimmungen 24 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung
Mehrheitlich abgelehnt

Herr Paul lässt über die Beschlussvorlage mit der Ergänzung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt einschließlich des Beschlusses 2015-VI-09-0300:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die mit Datum vom 04.11.2015 übergebene modifizierte Zielvereinbarung mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu unterzeichnen. Gleichzeitig wird der Beschluss 2015-VI-08-0288 aufgehoben.

Abstimmung: 23 Zustimmungen 12 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

2015-VI-09-0301

Mehrheitlich zugestimmt

Im Nachgang zur vollzogenen Abstimmung verweist Herr von Bosse auf einen weiteren Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, der nicht abgestimmt wurde. Der Präsident erklärt, dass seiner Meinung nach der Antrag nicht gestellt wurde. Nach Diskussion innerhalb Bürgerschaft schlägt der Präsident vor, den Antrag dennoch abstimmen zu lassen.

Herr Paul lässt darüber abstimmen, ob der Antrag beraten und abgestimmt werden soll:

Beschluss: 2015-VI-09-0302

Mehrheitlich zugestimmt

Frau Kindler begründet den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Herr von Bosse beantragt im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen namentliche Abstimmung:

Herr Paul lässt über den Änderungsantrag AN 0154/2015 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Beschlussvorschlag wird nach „zu unterzeichnen“ ergänzt durch „sofern sich das Land verbindlich verpflichtet, die Kosten für die Nutzung des Theaters Stralsund im Falle einer Fusion selbst zu tragen, sofern dies nicht durch die künftige Theatergesellschaft geschieht.“

	Ja	Nein	Enthaltung
1. Adomeit, Michael	-	x	-
2. Arendt, Dirk	-	-	-
3. Bartel, Ute	-	x	-
4. Bauschke, Stefan	-	x	-
5. Butter, Manfred	x	-	-
6. Dr. Carstensen, Heike	-	x	-
7. Chill, Kerstin	-	x	-
8. Ehlert, Sabine	-	-	-
9. Erbentraut, Detlef	-	x	-
10. Fechner, Friederike	x	-	-
11. Haack, Thomas	-	x	-
12. Hofmann, Maik	x	-	-
13. Ihlo, Harald	-	x	-
14. Jungnickel, Uwe	x	-	-
15. Kindler, Anett	x	-	-
16. Kühl, Andrea	x	-	-
17. Laack, Matthias	-	-	x
18. Lastovka, Hendrik	-	x	-
19. Lewing, Susanne	-	x	-
20. Lewing, Thomas	-	x	-
21. Lindner, Detlef	-	x	-
22. Meier, Christian	-	x	-
23. Meißner, André	-	x	-

24.	Müller, Claudia	X	-	-
25.	Paul, Peter	-	X	-
26.	Philippen, Michael	-	X	-
27.	Pieper, Thoralf	-	X	-
28.	Quintana Schmidt, Marc	X	-	-
29.	Quintana Schmidt, Maria	X	-	-
30.	Ramlow, Christian	-	X	-
31.	Riedel, Gerd	-	X	-
32.	Schulz, Thomas	-	X	-
33.	Schwarz, Maximilian	-	X	-
34.	Smyra, Friedrich	X	-	-
35.	Dr. Stahlberg, Annelore	-	X	-
36.	Steffen, Sonja	-	-	-
37.	Suhr, Jürgen	-	-	-
38.	Tiede, Gerd	-	-	-
39.	van Slooten, Peter	-	X	-
40.	von Allwörden, Ann Christin	-	X	-
41.	Dr. von Bosse, Arnold	X	-	-
42.	Westphal, Hans-Walter	-	-	-
43.	Dr. Zabel, Ronald	-	X	-

10 Zustimmungen 26 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung
Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 13 Verschiedenes

Herr Philippen informiert, dass im Paul Greifzu Stadion der Sportplatz nicht mit ausgeleuchtet ist.

Es wurde vor der Erneuerung der Flutlichtanlage zugesagt. Bis heute ist keine Änderung erfolgt.

Herr Albrecht informiert, dass die Fußballer nicht auf das Angebot der Speedway Fahrer, sich an der Anlage zu beteiligen, reagiert hätten. Der Speedway Verein hat einen langjährigen Pachtvertrag abgeschlossen und ist Eigentümer der Anlage.

Eine Erweiterung der Anlage wäre sicher möglich. Es müssten Gespräche zwischen Eigentümer und Verein erfolgen.

Herr Philippen macht deutlich, dass die Vereine für solche Investitionen keine finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Herr Ihlo schlägt vor, dass Herr Philippen sich mit dem Vorsitzenden des Speedwayvereins berät.

Herr Butter merkt an, dass der geänderte Sitzungsplan nicht durchnummeriert ist. Weiter merkt er an, dass für den Rechnungsprüfungsausschuss noch keine Termine genannt sind. Frau Lewing nimmt sich des Problems an.

zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Präsident der Bürgerschaft stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

zu 17 Schluss der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, beendet die 09. Bürgerschaftssitzung.

gez. Peter Paul
Vorsitz

gez. Thomas Schulz
Stellvertretender Vorsitz

gez. Constanze Schütt
Protokollführung